

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Rust und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1988

hier: Einzelplan 09

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

— Drucksachen 11/700 Anlage, 11/1059, 11/1081 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Transfer von Dampfzeugern und anderen Waren, die in der internationalen Kernenergieliste (Ausfuhrliste Teil I, Abschnitt B) erfaßt sind, von Italien durch bundesdeutsche Häfen nach dem Iran zu unterbinden.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, keine Ausfuhrgenehmigungen für Waren der internationalen Kernenergieliste aus bundesdeutscher Produktion in den Iran zu erteilen.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihren Einfluß geltend zu machen und dafür zu sorgen, daß keine Kraftwerksteile von der Bundesrepublik Deutschland über Drittländer in den Iran exportiert werden sowie dafür, daß der Weiterbau der Kraftwerke nicht durch Bereitstellung bundesdeutschen Know-how und Technikern vorangetrieben wird.

Bonn, den 19. November 1987

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

Begründung

Vor zehn Jahren hat die deutsche Kraftwerksunion einen Auftrag über den Bau von mindestens acht Dampfgeneratoren an die italienische Firma Ansaldo vergeben. Seit sechs Jahren warten die Generatoren auf die Auslieferung an die iranische AKW-Baustelle Busher. Im Frühjahr dieses Jahres hat Ansaldo den Auslieferungsauftrag an den Iran erhalten. Tagelange Protestaktionen von italienischen Parteien und Gewerkschaften erregten jedoch die Aufmerksamkeit der italienischen Öffentlichkeit und verhinderten zunächst, daß die Generatoren das Lager von Ansaldo verließen.

Nach einer Parlamentsdebatte blockierte sogar die italienische Regierung diesen Export: Außerdem forderte das italienische Parlament mit großer Mehrheit seine Regierung auf, zusammen mit der bundesdeutschen Regierung zu einer Lösung zu kommen, die verhindert, daß die Generatoren in den Iran gelangen, solange die gegenwärtige militärische und politische Krise andauert.

Schon aus Gründen der außenpolitischen Glaubwürdigkeit ist die Bundesregierung aufgefordert, sich den Bemühungen der italienischen Regierung anzuschließen, anstatt sie eventuell zu unterlaufen.

Jede Lieferung weiterer Teile des im Bau befindlichen Atomkraftwerkes vergrößert die Gefahr, daß dieses fertiggestellt werden und in Betrieb genommen werden kann. Ein Atomkraftwerk im Iran aber würde die weltweite atomare Bedrohung beträchtlich erhöhen angesichts der Möglichkeit, daß das AKW bombardiert werden könnte oder der Iran mit Hilfe dieses AKW eine Atom-bombe bauen und einsetzen könnte. Diese beiden Möglichkeiten vertraglich ausschließen zu wollen, ist völlig realitätsfern. Dies hat sogar der Iran selbst bestätigt: Während der zweiten Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag 1980 hat der Delegierte der Islamischen Republik Iran, Mostafa Dabiri, selbst festgestellt, die friedlichen und militärischen Aspekte der Nuklear-energie seien wesentlich verbunden. Es sei extrem schwierig – wenn nicht unmöglich – diese zu trennen.